

31. März 2026

Interpellation 353 / Andreas Hüsey, SVP

eingereicht am 4. Februar 2026 – Wortlaut siehe Beilage

Integrierte, verdichtete Werkhofplanung mit Verlagerung des BUV und Optimierung städtischer Verwaltungsstandorte

Andreas Hüsey, SVP, reichte am 4. Februar 2026 mit 19 Mitunterzeichnenden eine Interpellation zum Thema "Integrierte, verdichtete Werkhofplanung mit Verlagerung des BUV und Optimierung städtischer Verwaltungsstandorte" ein und wünscht die Beantwortung von sechs Fragen.

Beantwortung

Der Stadtrat stellt fest, dass die Interpellation insgesamt 15 Fragen enthält.

1. Integration Stadtgärtnerei

- Teilt der Stadtrat die Einschätzung, dass der heutige Standort der Stadtgärtnerei baulich ungenügend ist und mittelfristig einen Neubau oder eine umfassende Sanierung erfordert?
- Wurde oder wird geprüft, die Stadtgärtnerei zwingend in den neuen Werkhof zu integrieren, um einen separaten Sanierungs- oder Ersatzneubau zu vermeiden?
- Falls nein: aus welchen Gründen?

Der Stadtrat teilt die Einschätzung, dass bezüglich der Stadtgärtnerei umfangreiche bauliche Massnahmen anstehen. Deswegen wurde die Stadtgärtnerei auch im ursprünglichen Projekt des neuen Werkhofs mit integriert. Erst die Überprüfung eines gemeinsamen Projekts mit dem Kanton hat dazu geführt, zu untersuchen, ob genügend Platz für den Kanton geschaffen werden kann, wenn die Stadtgärtnerei am bestehenden Ort verbleibt. Nach der Ablehnung des Neubauprojekts an der Urne und dem Ausstieg des Kantons aus der gemeinsamen Planung sind nun wieder alle Optionen offen.

2. Verdichtete Bauweise / Aufstockung

- Wurde geprüft, den neuen Werkhof mehrgeschossig zu realisieren (z.B. Werkhof und Stadtgärtnerei im Sockel, darüber ein oder zwei Geschosse für Verwaltungsnutzungen)?
- Welche Mehrkosten entstehen durch eine solche Aufstockung im Vergleich zu einer eingeschossigen Lösung?
- Wie stehen diese Mehrkosten im Verhältnis zu möglichen Einsparungen an anderen Standorten (Mieten, Sanierungen, Neubauten)?

Das Siegerprojekt ist in Teilen mehrgeschossig. Der östlich gelegene Bürotrakt ist zweigeschossig geplant. Zudem liegen im vorgesehenen Neubauprojekt zwei Geschosse unter dem Boden. Im Schnitt zeigt sich, dass eine mehrgeschossige Bauweise vorliegt. Eine Verlagerung der unterirdischen Flächen in überirdische Stockwerke wurde im Wettbewerb von einigen Teams vorgeschlagen. Diese Lösung hat sich indes nicht als effizient (weder betrieblich noch kostenmässig) erwiesen.

Dem Stadtrat ist es nicht möglich, Aussagen zu Kosten von nicht untersuchten Projektvarianten zu tätigen. Der Stadtrat sieht sich darüber hinaus nicht im Stande, mögliche fiktive Einsparungen zu nicht näher definierten Röchaden anzugeben.

3. Verlagerung des BUV

- Wurde geprüft, das BUV vom heutigen Standort in Bronschhofen in den neuen Werkhof zu verlagern?
- Welche betrieblichen, organisatorischen und finanziellen Vor- und Nachteile sieht der Stadtrat bei einer räumlichen Zusammenführung von Werkhof, Stadtgärtnerei und BUV?

Eine Verlegung des BUV in den neuen Werkhof wurde nicht geprüft. Der Stadtrat sieht keinen ausreichenden Nutzen in der vorgeschlagenen Zusammenlegung. Auch wenn Stadtgärtnerei und Werkhof Teil des BUV sind, so bilden diese beiden Organisationen eine eigenständige, handwerklich orientierte Gruppe, die mit der Verwaltungstätigkeit in den anderen Abteilungen keine grosse Überlappung aufweist. Der Stadtrat sieht einen viel grösseren Vorteil in der Zusammenlegung der gesamten Verwaltung an einem Standort. Dies deckt sich mit dem Postulatsbericht des Postulats 118 / Immobilien- und Standortstrategie in der städtischen Verwaltung. In dieser Beantwortung sind auch die Werte und Investitionen für die Verwaltungsstandorte aufgeführt.

4. Nutzung des heutigen BUV-Gebäudes in Bronschhofen

- Welche Flächen würden im heutigen BUV-Gebäude in Bronschhofen bei einer Verlagerung frei?
- Wäre dieses Gebäude aus Sicht des Stadtrats grundsätzlich geeignet, Verwaltungseinheiten des Bereichs Gesellschaft und Soziales (GS) aufzunehmen?
- Welche baulichen oder organisatorischen Anpassungen wären dafür erforderlich?

Die Nutzfläche des BUV-Gebäudes an der Hauptstrasse 20 beträgt total 900 m². Aus Sicht des Stadtrats würde sich das Gebäude grundsätzlich auch für Verwaltungseinheiten des Bereichs Gesellschaft und Soziales eignen, jedoch mit Einschränkungen. Aufgrund der erhöhten Sicherheitsbedürfnisse müsste die Eingangssituation mit der mehrgeschossigen Halle umgebaut werden. Zudem laufen die grossen Fenster und die hohe Transparenz im Gebäude den Bedürfnissen der Sicherheit und der Diskretion entgegen.

Die Büros an der Hauptstrasse 20 sind zudem für die Klientinnen und Klienten des GS schlechter erreichbar als die bestehenden Büros an der Poststrasse 10.

5. Mietverhältnisse an der Poststrasse

- Welche jährlichen Miet- und Nebenkosten entstehen der Stadt Wil aktuell für die Unterbringung von Verwaltungseinheiten des Bereichs Gesellschaft und Soziales (GS) an der Poststrasse?
- Welche Einsparungen ergäben sich bei einer vollständigen oder teilweisen Rückführung dieser Verwaltungseinheiten in städtische Liegenschaften (z.B. nach Bronschhofen)?

Die Mietkosten an der Poststrasse 10 betragen rund Fr. 160'000.-- pro Jahr, die Nebenkosten belaufen sich auf rund Fr. 30'000.-- pro Jahr.

Mögliche Einsparungen hängen von der Ersatzlösung für das BUV ab. Erhebliche Kosteneinsparungen sind aber nicht zu erwarten.

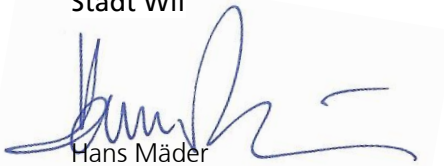
6. Gesamtwirtschaftliche Betrachtung

- Liegt dem Stadtrat eine Gesamtbetrachtung vor, welche Investitions-, Betriebs-, Mietkosten sowie vermiedene Sanierungen (insbesondere Stadtgärtnerei) gesamthaft gegenüberstellt?
- Falls nein: Beabsichtigt der Stadtrat, eine solche Gesamtbetrachtung im Rahmen einer neuen Werkhof-Vorlage zu erarbeiten?

Nein, dem Stadtrat liegt aktuell keine Gesamtbetrachtung vor. Eine Übersicht wird jedoch in der Beantwortung des Postulats 118 aufgeführt.

Vor dem Hintergrund der Immobilien- und Standortstrategie in der städtischen Verwaltung spielt die Gesamtwirkung auf finanzieller Basis eine wichtige Rolle. Werkhof und Stadtgärtnerei können in diesem Prozess mit einbezogen werden, auch wenn sie einen anderen Bedarf aufweisen als die Büros der Verwaltung. Bei der Frage nach einem Werkhof stehen dabei eher Synergien mit verwandten Betrieben im Vordergrund, wie dies zum Beispiel mit dem kantonalen Stützpunkt untersucht wurde.

Stadt Wil



Hans Mäder
Stadtpräsident



Janine Rutz
Stadtschreiberin